

Bern

Stadt will Plätze endlich sanieren

Der Gemeinderat möchte bei der Umgestaltung des Bären- und des Waisenhausplatzes vorwärtsmachen – das Begehren ist 27 Jahre alt. Er beantragt dem Stadtrat einen Projektierungskredit von 250 000 Franken.

Janina Gehrig

Jeden Tag, wenn Ramadan Elmazi aus dem Fenster schaut, fehlt da etwas. «Der Platz ist kahl und fade», sagt der Geschäftsführer des Rialto am Waisenhausplatz. Touristen fragten ihn, wo es eine Promenade zum Spazieren und Sitzen gebe. Doch dem Platz fehle der Charme. Vor zehn Jahren habe er den damaligen SVP-Bundesrat Samuel Schmid und Stadtpräsident Alexander Tschäppät, die bei ihm zu Gast waren, persönlich darauf aufmerksam gemacht – vergeblich. Dabei entspricht Elmazis Wunsch nach einer Veränderung auch jenem der Berner.

Mehr als doppelt so lange ist es allerdings her, dass 67 Prozent der Stimmbürger 1988 der SVP-Initiative «I läbt gän im Härz vo Bärn» zustimmten, welche die Umgestaltung des Waisenhaus- und des Bärenplatzes forderte. Bepflanzungen, Pflasterbeläge und Laternenbeleuchtung, Platz für Fussgänger, Märkte und Veranstaltungen waren vorgesehen. Zwar ging bereits 1990 aus einem Wettbewerb das Projekt «Ohne Kennwort» des Büros Kienast Vogt und Partner (heute Vogt Landschaftsarchitekten) hervor, doch für die Umsetzung fehlten bis heute entweder die finanziellen Mittel, oder dem Projekt wurde die Dringlichkeit abgesprochen (siehe Box).

An heutige Bedingungen anpassen
Gestern nahm der Gemeinderat nun einen neuen Anlauf. Er unterbreitet dem Stadtrat einen Projektierungskredit von



Dem Waisenhausplatz fehlen Bäume, Bänke und der Charme – finden Stadtpolitiker und der Wirt vom Rialto. Foto: Valérie Chételat

Seiner Ansicht nach könne das Geld für die Aufwertung des Bärenplatzes aber eingespart werden. «Dieser Platz funktioniert bereits bestens, wie man den Marktständen, den Schachspielern und der Aussenbestuhlung der Beizen ansieht.» Der Waisenhausplatz hingegen müsse, was sowohl die Verkehrsführung als auch den Bodenbelag anbelange, attraktiver gestaltet werden. Dabei solle man von der fixen Idee wegkommen, dass der Platz nicht möbliert werden dürfe. «Vor allem ältere Leute brauchen Sitzgelegenheiten zum Verweilen.»

Auch Stadtrat Hans Ulrich Gränicher (SVP) reichte 2014 eine Motion ein, die

verlangte, die vor 27 Jahren angenommene Initiative sei umzusetzen. Die Planer müssten sich aber nicht strikt an die Forderungen von damals halten. «Sie dürfen auch über den Tellerrand schauen, Neues andenken», sagt Gränicher. So wäre für ihn etwa auch die Errichtung einer Markthalle denkbar. Weg müsse vor allem der türkisfarbene Anstrich.

Kritischer sieht es die FDP. Fraktionschef Bernhard Eicher begrüsst es zwar, dass die Plätze saniert werden. Ein Fragezeichen setze er aber hinter das Kreditbegehren. «Mit 250 000 Franken können zwei Personen ein Jahr lang planen. Wofür braucht es so viel Geld?» Zudem

stelle sich die Frage, warum das Stadtplanungsamt die Projektierung nicht selber vornehmen könne und die Arbeiten extern verberge. Dem entgegnet Stadtplanungsingenieur Hans-Peter Wyss: «Für planerische, gestalterische und ingenieurtechnische Arbeiten werden immer private Ingenieurbüros beauftragt.» Für das Vorprojekt und das Bauprojekt werde das Tiefbauamt zuständig sein.

«Keine Schandflecken»

Für Verkehrs- und Tiefbaudirektorin Ursula Wyss (SP) sind die Plätze im Zentrum Berns «keine Schandflecken», sondern lediglich «ins Alter gekommen». Der Gemeinderat habe sich dafür entschieden, die Neugestaltung an das vorliegende Bauprojekt zu knüpfen, statt einen neuen Wettbewerb auszuschreiben. «Die Plätze sollen nicht völlig neu gestaltet werden, man soll sie wiedererkennen können», sagt Wyss. In den vergangenen Jahren sei zudem einiges getan worden, um die Plätze aufzuwerten, so seien etwa die Parkplätze aufgehoben worden. Das lange Umsetzungsverfahren sei aufgrund der Sparprogramme nachvollziehbar. Wie genau die Plätze dereinst aussehen sollen, dazu äussert sich Wyss nicht. Klar sei: «Sie sollen der Bevölkerung offen stehen.»

Eine genaue Vorstellung hat Wirt Elmazi: Er wünsche sich eine Piazza wie jene in Lugano. «Pflastersteine und Bäume, das wäre schön», sagt er.

Aufgeschoben Eine endlos lange Platzgeschichte

- Am 25. September 1988 wurde die SVP-Volksinitiative «I läbt gän im Härz vo Bärn» von den Stimmberechtigten der Stadt Bern angenommen. Sie verlangte ein Projekt für die Gestaltung der beiden Plätze im Berner Stadtzentrum. 1990 ging das Projekt «Ohne Kennwort» als Sieger aus einem Gestaltungswettbewerb hervor. Es orientierte sich an der Idee italienischer Stadtplätze mit verschiedenen Bodenbelägen. Das Projekt bildete zwar die Grundlage für ein Bauprojekt, zu einem Antrag für den auf 15 Millionen Franken veranschlagten Baukredit kam es aber nicht.
- Weil die Umgestaltung nicht weitergeführt wurde, reichte die GFL 1997 eine Motion ein, die das Vorlegen eines Ausführungskredits

forderte. Die Frist zur Umsetzung wurde aber mehrmals verlängert, zuletzt bis 2015.

- 2001 beschloss der Gemeinderat, die Umgestaltung des Bären- und des Waisenhausplatzes aus finanziellen Gründen zurückzustellen.

● Inzwischen sind die Plätze häppchenweise saniert worden: Das Metro-Parkhaus wurde vergrössert, die oberirdischen Parkplätze wurden aufgehoben. Auch die Verkehrsführung änderte sich, der Waisenhausplatz steht nun noch Velofahrern und Zulieferern zur Verfügung.

- Wird der Projektierungskredit gutgeheissen, könnten die Bürger 2018 über den Baukredit abstimmen. (jan)

«Vor allem ältere Leute brauchen Sitzgelegenheiten zum Verweilen.»

GFL-Stadtrat Patrik Wyss

250 000 Franken, um ein Vorprojekt erarbeiten zu lassen. Das ursprünglich angedachte Bauprojekt soll dabei an die heutigen Rahmenbedingungen angepasst werden. So soll etwa das Kulturzentrum Progr bei der Planung mitberücksichtigt werden. Auch die Anlieferung müsse weiterhin möglich sein.

Die Idee findet Anklang. GFL-Stadtrat Patrik Wyss ist «sehr froh, dass nun etwas passiert. Ich war sehr pessimistisch, zumal mir signalisiert wurde, dass die Umgestaltung der Plätze keine Priorität habe», sagt er. Zusammen mit Philip Kohli (BDP) reichte er im vergangenen November eine Motion ein, in der er den Gemeinderat aufforderte, endlich einen Planungskredit für die Umgestaltung des Waisenhausplatzes zu unterbreiten. Der Platz sei ein «öder, unansehnlicher» Ort.

Markwalder, Kiener Nellen und die Borer-Kasachstan-Connection

Weshalb Berner Nationalrätinnen, die auf Menschenrechte pochen, plötzlich die Auslieferung eines politisch Verfolgten an ein autoritäres Regime verlangen.

Marcello Odermatt

Der Schweizer Ex-Botschafter Thomas Borer lobbyiert für den autoritären Staat Kasachstan. SVP-Nationalrat Christian Miesch (BL) hilft ihm dabei. Das ist ein Teil der Geschichte. Ein anderer Teil ist: Auch die Berner Nationalrätinnen Margret Kiener Nellen (SP) und Christa Markwalder (FDP) leisten Support für ein Regime, das Oppositionelle und Kritiker einsperren lässt. Warum wohl?

Diese Woche machte die NZZ publik: Borer steht als Lobbyist im Dienst des kasachischen Staatspräsidenten Nursultan Nasarbajew («Bund» von gestern). In dieser Funktion weibel Borer

bei den Behörden in Bundesbern für die Auslieferung von Nasarbajew ebenso umstrittenem politischem Widersacher Wiktor Charpunow, der in Genf wohnt und Asyl gestellt hat. Insbesondere schaffte es Borer, Nationalräte für seine Sache zu gewinnen: Miesch reichte im letzten Herbst eine Interpellation ein, um vom Bundesrat zu wissen, wie es möglich sei, «dass Personen, die der Geldwäscherei beschuldigt sind und auf der Fahndungsliste von Interpol aufgeführt werden, in der Schweiz Asyl erhalten können». Und, so Miesch weiter, solle die Schweiz nicht besser die Rechtshilfe mit Kasachstan stärken, also letztlich Charpunow ausliefern? Unterschrieben wird der Vorstoss von acht weiteren Nationalräten, fünf von der SVP, zwei von der FDP, darunter eben Markwalder und als einzige Linke Kiener Nellen.

Markwalder geht nun auf Distanz zur Interpellation: Sie sei Mitglied der parlamentarischen Gruppe Schweiz-Kasachstan. In dieser Gruppe sei man

sehr wohl auch mit der liberalen Opposition in Kasachstan in Kontakt. Nun sei Miesch am letzten Tag der Herbstsession «noch rasch» mit der Interpellation vorbeigekommen. Da habe sie das Papier halt unterschrieben, zumal Miesch die Hintergründe des Vorstosses nicht erklärt habe. Hätte sie damals schon gewusst, dass quasi Borer als Lobbyist Kasachstans den Vorstoss bestellt habe, hätten bei ihr «die Alarml Glocken geläutet». «Ja, ich hätte das Anliegen besser prüfen sollen», sagt Markwalder. Aber, so betont die Freisinnige: Das Ganze sei ja nur eine Interpellation. Man habe nur Fragen gestellt und nichts Konkretes verlangt.

Kiener Nellen verteidigt Vorstoss

Kiener Nellen indes verteidigt ihre Unterschrift auf der Interpellation, auch wenn sie die Situation in Kasachstan kennt: Sie ist Mitglied im Menschenrechtskomitee der Interparlamentarischen Union. Auch hat sie das Land bereist. Ihr Schwager war zudem lange Botschafter für die

Schweiz in Kasachstan. Gleichwohl sagt sie: «Ich finde es fragwürdig, wenn ein Politiker, der im engsten Kreis des Staatspräsidenten Kasachstans Karriere gemacht hat, sich in der Schweiz plötzlich als politisch Verfolgter inszeniert.» Es sei wichtig, dass die Justiz im Fall Charpunow endlich zum Abschluss des Strafverfahrens komme – mit oder ohne Auslieferung, das sei dahingestellt, so Kiener Nellen. Daher habe sie die Interpellation unterschrieben. Zur Borer-Kasachstan-Verbindung sagt sie, sie kenne Herrn Borer nicht.

Bundesrat hat geantwortet

Der Bundesrat hat die Interpellation bereits beantwortet. Zum konkreten Fall äussert er sich zwar nicht. Allgemein hält er aber fest: «Einem Auslieferungsersuchen kann nur stattgegeben werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind und keine Ausschlussgründe (z.B. Verfolgung wegen politischer Anschauungen, Menschenrechtsverletzungen) vorliegen.»

Tschäppät geht auf Distanz zu Vorstoss der SP gegen Banken

An der «ideologisch aufgeladenen Diskussion» für oder gegen Banken in der Berner Altstadt wolle er sich nicht beteiligen, sagt Stadtpräsident Alexander Tschäppät (SP). Die Kantonalbank an der Gerechtigkeitsgasse sei zum Beispiel schon lange da und habe noch nie jemanden gestört, so Tschäppät.

Die SP-Stadträtinnen Katharina Altas und Marieke Kruit empfinden die Banken und besonders die neu eröffnete Filiale des VZ Vermögens-Zentrums an der Kramgasse 66 als «traurig» und «steril». Sie verlangen in einem Vorstoss vom Gemeinderat, dass die Lauben und Parterres der Altstadt künftig nur noch Kleingewerblern, Gastronomen und Kulturschaffenden zur Verfügung stehen (der «Bund» berichtete).

Oberstes Ziel: Die Altstadt beleben

Die Zuspitzung auf die Bankenfrage lehnt Tschäppät ab. Er anerkenne aber, dass der SP-Vorstoss ein wichtiges Thema aufgreife. «Wir müssen uns dringend mit der Frage beschäftigen, wie wir Leben in die untere Altstadt reinbringen», sagt der Stadtpräsident. So müsse es gelingen, nicht nur Touristen, sondern auch die Berner Bevölkerung vermehrt in die Gassen zwischen Zytlogge und Bärengraben zu locken.

Um neue kleine Läden anzusiedeln, müsse man die auch im Vorstoss kritisierten hohen Mietpreise anschauen. Der Ausschluss bestimmter Branchen wäre eine Möglichkeit, die Mietpreise zu senken, so Tschäppät. Doch man könne es auch so sehen, dass die Banken Publikum in die Altstadt brächten. Wenn aber jeder zweite Laden ein Architektur- oder ein Grafikbüro beherberge, sei er sich hingegen nicht sicher, ob das belebe. Hingegen Kinos und Beizen würden viel neues Publikum bringen.

Einig ist sich der Stadtpräsident mit der SP-Fraktion darin, dass die bestehende Bauordnung nicht ausreicht und es eine Neuregelung braucht. (nz)

Münchenbuchsee will keinen «Zehnjahresplan»

Gute Planung ist die halbe Miete – nach dieser Grundidee hat die BDP im Gemeindeparlament eine Motion eingereicht, um die Finanzen der Gemeinde Münchenbuchsee auf lange Sicht unter Kontrolle zu halten. Die Partei verlangte, dass der Horizont bei der Finanzplanung auf zehn Jahre erweitert werden soll. Walter Lanz (BDP) unterstrich gestern Abend im Rat die Wichtigkeit der Langfristplanung. Dabei sollen im Rahmen einer Gesamtstrategie auch Ziele bezüglich der Bevölkerungszahl und der Arbeitsplätze einfließen.

Hintergrund des Vorstosses ist die Tatsache, dass in Münchenbuchsee die Zahl der Personen mit einem steuerbaren Einkommen von über 100 000 Franken im Abnehmen begriffen ist – das hat die Jahresrechnung von 2013 gezeigt. Die BDP spricht in diesem Zusammenhang von einer «Ausdünnung». Folglich sei die Gemeinde auf den Zuzug von steuerpflichtigen Personen angewiesen. Die Einzonung und Überbauung eines Landstücks sei aber eine zeitintensive Angelegenheit, die zehn Jahre oder mehr in Anspruch nehmen könne.

«Stets offen und transparent»

Für den Gemeinderat ist ein Zehnjahresplan für Münchenbuchsee nicht notwendig. Der Finanzplan werde bereits heute «als finanzielles, strategisches Führungsinstrument» genutzt. Es stünden genügend Instrumente zur Verfügung, so zum Beispiel für die Prognose der Steuern oder für die Entwicklung neu überbauter Gebiete. Überdies werde die Gemeinde mit dem Immobilienbewertungssystem neu über eine zusätzliche Möglichkeit der Planung verfügen. Gemeinderätin Sonja Bucher (SVP) sagte, man habe «stets offen und transparent» informiert, das Zusammenspiel der Planungsinstrumente funktioniere.

Gleich sah es auch die überwiegende Mehrheit der Mitglieder im Grossen Gemeinderat. Die Motion wurde mit 32 zu 5 Stimmen abgelehnt. (wal)